



# Ausgabe 05/2011 Newsletter

**BZÖ**

Eine Information von BZÖ-Klubobmann und Bündnisobmann **JOSEF BUCHER**



## Globaler Schock wegen AKW-Katastrophe in Japan! Endlich raus aus Atomkraft – BZÖ: Jetzt handeln!

Das von Erdbeben und Tsunami schwer getroffene Japan kämpft weiter gegen die Atom-Katastrophe in den schwer beschädigten Atomkraftwerken. Die Welt ist geschockt: Wird die Krise nun endlich zu einem Umdenken in Sachen Atomausstieg führen?

In Wien wird das Parlament dazu auf Druck der Opposition zu einer Sondersitzung zusammen treten. BZÖ-Chef Josef Bucher und Energiesprecher Rainer Widmann (Bild) forderten die Bundesregierung auf, endlich dafür zu kämpfen, die Kernenergie nun zumindest aus Europa zu verbannen.

Auch Österreich ist von zahlreichen Risiko-AKW umgeben. Widmann: „Allein in Temelin wurden bereits über 100 Störfälle verzeichnet!“ Bucher: „Wir blicken alle mit Entsetzen nach Japan, wie schnell eine solche Katastrophe selbst eine Weltmacht ins Wanken bringt. Die rot-schwarze Bundesregierung fährt leider eine Verniedlichungsstrategie. Tatsache ist, dass auch die wirtschaftlichen Auswirkungen Österreich massiv treffen werden.“



Bucher verlangte als weitere Konsequenzen aus Tsunami und Atom-Drama in Japan die Schaffung eines zentralen Krisenmanagements in Österreich: „Der bestehende Kompetenz-Wirrwarr muss beseitigt werden, um größtmöglichen Schutz und Sicherheit zu bieten.“

Der BZÖ-Bündnisobmann verwies auf das vom BZÖ bereits vor zwei Jahren (!) entwickelte und präsentierte Konzept für Österreichs Energieau-

tarkie, das echte Energieunabhängigkeit schaffe. Neuerlich traten Widmann und Bucher für den Ausstieg aus EURATOM ein.

Apropos: Das EURATOM-Volksbegehren wurde zuletzt nur von 98.000 Österreichern unterschrieben. Wie viele wären es wohl heute?

**Alle Details: BZÖ-Argumente umseitig!**

## Auch bei Parlaments-Umbau gilt: Wir haben „Genug gezahlt!“ Erster Erfolg: BZÖ-Bautensprecher Lugar setzt Einsparungen gegen SPÖ-Prammer durch

Österreichs Parlament verkommt zur Ruine – ein trauriges Sittenbild der rot-schwarzen Demokratie... Bis zu 400 Millionen Euro sollen Sanierung und Umbau des Parlaments zu kosten, wenn es nach den Plänen der SPÖ geht. Zur Kasse gebeten werden dafür die Steuerzahler.

Das BZÖ ist für einen „Prunkbau“ auf Kosten der Bevölkerung aber nicht zu haben. „Die Österreicher haben genug gezahlt“, so BZÖ-Bautensprecher Robert Lugar. Einen ersten Erfolg im Kampf gegen die geplante Steuergeldverschwendung hat

Lugar bereits erreicht: Das BZÖ hat in der Präsidiale gegenüber Parlamentspräsidentin die Forderung nach einer sparsamen Planung für eine Minimalvariante des Umbaus durchgesetzt.

**GENUG  
GEZAHLT!**

Mehr auf: [www.genuggezahlt.at](http://www.genuggezahlt.at)

„Außerdem wird der Rechnungshof, wie vom BZÖ verlangt, ab jetzt prüfen können“, so Lugar dazu. Damit wird nun endlich auch im und am Parlament gespart!

Klar ist jedoch: „Fest steht aber, dass wir auch die neuen Pläne kritisch mit dem Sparstift durchforsten. Das BZÖ wird auch weiterhin darauf achten, dass der Steuerzahler keinen Cent mehr als notwendig für den Parlaments-Umbau bezahlen muss!“ BZÖ-Chef Josef Bucher: „Egal, wohin man schaut: Alle Beispiele zeigen, wie wichtig unsere Initiative ist: Genug gezahlt!“



## Klubklausur: Experte bestätigt BZÖ-Kritik! Genug gezahlt für Banken & Pleite-Staaten!

Anlässlich einer Klausur des BZÖ-Parlamentsklubs vergangene Woche in Klagenfurt (Bild) bestätigte der deutsche Finanz- und Steuerexperte Kai A. Konrad die kritische Haltung des BZÖ zur Schuldenpolitik in Österreich und in Europa.

„Das BZÖ steht auf der Seite der Steuerzahler“, verwies Bündnis- und Klubobmann Josef Bucher einmal mehr auf die orange Initiative „Genug gezahlt!“ Er kritisierte erneut die enormen Summen, die in marode Länder wie Griechenland gepumpt werden, während in Österreich die Steuerbelastung ständig steige. Deshalb sei es nötig, „Fehlstellungen zu korrigieren“, nötigenfalls auch mit einem Euro der zwei Geschwindigkeiten.

Konrad, erfolgreicher Buchautor (siehe Buchtipp) und Direktor des Max-Planck-Instituts für öffentliche Finanzen in München, warnte davor, dass die Europäische Union noch stärker zu einer „Transferunion“ werde. Er forderte, dass die Mit-

gliedsstaaten über ihre Schuldenpolitik selbst entscheiden sollten, dann aber auch selbst dafür gerade stehen müssten: „Dafür brauchen wir eine robustere Bankenwelt mit höherem Eigenkapital, der beispielsweise der Erwerb von Staatsanleihen untersagt werden soll. Dadurch wäre eine Umschuldung von Ländern wie Griechenland nicht mehr für das Gesamtsystem relevant.“

Massive Kritik übte Konrad auch am „Glaubwürdigkeitsproblem des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts“, der auch für Bucher „der völlig falsche Weg und ein Fass ohne Boden ist“. Denn: Beim Rettungsschirm „geht es nur um die Banken, sie sind die Steuergeldvernichter, auch durch die enge Verstrickung von Geldgebern und Politik“. Bucher: „Zum Handkuss kommt durch dieses Vorgehen der Steuerzahler, der die Haftungen übernehmen muss.“

Wie viel dieser „Handkuss“ für die Steuerzahler kostet, hat die EU nun erneut deutlich ge-

macht: Die nun beschlossene Verdoppelung des Euro-Rettungsschirms bringt allein für Österreich zusätzliche Haftungen von 13 Milliarden Euro. Das Gesamtrisiko für die heimischen Steuerzahler liegt damit bereits bei rund 25 Milliarden. 900 Millionen davon sind bereits nach Griechenland geflossen: Geld, das zwar den Griechen nicht hilft, in Österreich aber dringend fehlt!

**Daher sagt das BZÖ: „Genug gezahlt!“**

Mehr auf: [www.bzoe.at](http://www.bzoe.at)

### BUCHTIPP

■ **„Schulden ohne Sühne? Warum der Absturz der Staatsfinanzen uns alle trifft“**, Kai A. Konrad, Holger Zschäpitz, Verlag C.H. Beck, München, 2010, 240 Seiten: Die Autoren beschreiben die zentralen Fragen der aktuellen Staatsschuldenkrise und zeigen mögliche Auswege. Eine Pflichtlektüre, denn die „Billionen-Falle“ bedroht uns alle!

IMPRESSUM: Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: BZÖ-Büro | PARLAMENTSKLUB | Doblhoffgasse 3/2 | 1017 Wien | Tel.: +43-1-40110-5688 | Fax: +43-1-40110-5598

### BZÖ-ARGUMENTE Atomanstieg jetzt und Energieaustarke!

1. Entwicklung eines neuen Ökostromgesetzes, das alternative Energieformen für die Menschen leistbarer macht.
2. Vereinheitlichung der Bauordnungen, um österreichweit einheitliche Forderungen und Standards zu erreichen.
3. Saubere, günstige und leise Elektrofahrzeuge forcieren. Dabei sollen Anreize geschaffen werden, um die Menschen zum Umstieg zu bewegen.
4. Schaffung eines Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien, um wissenschaftliche Erkenntnisse auch in der Praxis umzusetzen.
5. Beginn einer Energieoffensive für Österreich, um mehr Energieeffizienz zu erreichen. Wichtig dabei ist eine Transparenz bei den Stromrechnungen.
6. Forcierung der thermischen Sanierung als Jobmotor. Durch ein zinsloses Kreditmodell sollen Einfamilienhausbesitzer dazu motiviert werden, ihre Häuser im Sinne der Energieeffizienz zu sanieren.
7. Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag. Die Österreicher haben 1978 entschieden, dass das Land nicht an einer friedlichen Nutzung der Kernenergie teilnimmt. Daher keine jährliche 40 Millionen Euro teure Zwangsmitgliedschaft des atomfreien Österreichs.
8. Nein zur Nabucco-Leitung als Hebel für den EU-Beitritt der Türkei. Die EU ist gefordert, eine gesamt-europäische Gasversorgung sicherzustellen.
9. Eine einheitliche, transparente Stromtarifrichtlinie. Es muss eine transparente Stromtarifgestaltung hergestellt werden.
10. Eine EU-weite Vereinheitlichung der Akkus sowie eine Verstärkung des Netzausbaus unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung.

**Zum Nachlesen:** Alle Argumente zum Thema gibt es in der Broschüre „Österreich – energieautark. Konzepte für eine rot-weiß-rote Energiezukunft“. Erhältlich über die Zukunftsakademie Österreich, [www.zaooe.at](http://www.zaooe.at)